

Zentralasien und
sein geostrategisches
Konfliktpotenzial für das
einundzwanzigste
Jahrhundert

Impressionen aus 1001 Nacht

Udo Scheer

„Sicher wissen Sie, was Taschkent bedeutet“, fragte ein Sitznachbar im Flugzeug: „Tasch – Stein, Kent – Stadt.“

War dies schon ein erstes orientalisches Rätsel? Schließlich bildete Lehm doch traditionell den Baustoff für alle Bauwerke.

Taschkents Namen rühre von den steinernen Straßen her, früher eine Besonderheit, erklärt später ein Begleiter beim Rundgang durch die Altstadt. Seine Großmutter aus dem armen Ferganatal erzähle noch heute, wenn er sie aus der Hauptstadt besuche, wie sie als Mädchen einmal nach Taschkent gekommen sei. Das Beeindruckendste seien die Straßen gewesen, und sie frage jedes Mal, ob es in Taschkent noch immer steinerne Straßen gebe.

Nach dem quirligen Betrieb auf dem Frankfurter Flughafen fällt es doppelt auf, wie vergleichsweise wenig Menschen in der usbekischen Hauptstadt anzutreffen sind. Das liegt nicht nur an den breiten Prospekten und ausgedehnten Stadtparks dieser nach dem verheerenden Erdbeben von 1966 großzügig neu errichteten sowjetischen Reißbrettstadt. Sieben bis acht Millionen des mit fünfundzwanzig Millionen Menschen bevölkerungsreichsten Landes Zentralasiens seien nach dem Zusammenbruch des Sowjetkommunismus ausgewandert. Viele arbeiteten in Südkorea, erzählen Gesprächspartner. Auch die eigentlich dringend benötigten russischen Spezialisten, Ingenieure, Lehrer, Wissenschaftler sähen angesichts der wirt-

schaftlichen Stagnation und Usbekisierung im Land kaum Perspektiven für sich und gingen häufig nach Russland.

Seit der Sowjetisierung mit ihrem gigantischen Bewässerungsprogramm an Amudarja und Syrdarja ist Usbekistan vor allem ein monokulturell auf Baumwolle und Obstanbau ausgerichtetes Agrarland. Heute erweisen sich vor allem die neu errichteten Zollgrenzen zwischen den jungen Nationalstaaten, die staatlichen Beschränkungen der Marktwirtschaft und Rechtsunsicherheit für Selbstständige und Investoren als gravierende Hemmnisse. Zwar besitzt Usbekistan mit seinen Bodenschätzen Erdöl, Kupfer und einer Goldförderung von zirka siebzig Tonnen pro Jahr eine respektable Finanzgrundlage, andererseits verdienen Hochschullehrer im Staatsdienst umgerechnet fünfundvierzig Dollar im Monat. Zweit- und Drittjobs sind nahezu lebensnotwendig. Man trifft Physiker als Karrenschieber auf den großen Basaren, Geologen als Privattaxifahrer oder Studenten von Oktober bis Dezember als Baumwollarbeiter. Siebzig Prozent der Erwachsenen seien bei den Arbeitsämtern als Arbeit suchend gemeldet. Arbeitslosengeld werde nicht gezahlt. Wer völlig mittellos ist, erhält vom Staat eine Unterstützung von umgerechnet fünf Dollar im Monat.

Ein pensionierter Meteorologe, der, wie andere auch, mit 67 Jahren jeden Tag im Schatten des Taschkenter Kaufhauses UNIVERMAG auf einer Decke seine russischen Fachbücher und sowjetischen

Ehrenzeichen zum Verkauf ausbreitet, erzählt lächelnd, seine Rente betrage monatlich umgerechnet fünfundzwanzig Dollar, die Miet- und Nebenkosten für seine einfache Wohnung lägen bei zwanzig Dollar.

Auffällig ist, dass man keinerlei westliche Werbung und auch keine Graffiti an Wänden oder in Straßenunterführungen findet. Es herrscht bemerkenswerte Sauberkeit überall im Land. „Unser Präsident wünscht das so. Wir haben keine Müllkultur“, sagt ein Reisebegleiter bei einer Rast am Straßenrand auf der Fahrt von Chiwa nach Muynak und legt die leere Mineralwasserflasche ganz selbstverständlich zurück ins Auto.

Reiseimpressionen

Chiwa, das von einer imposanten Stadtmauer umgebene rund zwei Quadratkilometer große Altstadtareal mit einem einmalig geschlossenen Ensemble aus Moscheen, Minaretten, Medresen, den islamischen Hochschulen und der Festung als früherer Residenz der Chane gehört zum Kulturerbe der Menschheit. Nur wenige Touristen, die jedoch gezielt, suchen den Weg in die gut tausend Kilometer westlich von Taschkent gelegene Oasen- und einstige Karawanenstadt an der legendären Seidenstraße. Sie erleben Chiwa als mustergültig restauriertes mittelasiatisches Freilichtmuseum.

An eine Weiterfahrt durch die endlosen Baumwollplantagen entlang des Amudarja und immer wieder durch aufgebene, versalzene Wüstenabschnitte zur 450 Kilometer nordwestlich gelegenen ehemaligen sowjetischen Fischerei- und Kurstadt Muynak sollte man keine europäischen Maßstäbe legen. Hier gilt die chinesische Weisheit: Der Weg ist das Ziel. Sieben Fahrstunden auf den für achtzig Stundenkilometer zugelassenen Straßen sind einzuplanen. Ein der Region kundiger Fahrer ist von unbedingtem Vorteil. Denn Richtungswegweiser sucht

man an Kreuzungen mitten in der Wüste oder im Kreisverkehr größerer Ortschaften meist vergebens. Landkarten seien seit Sowjetzeiten nicht gedruckt worden, und Satellitennavigation ist ein Fremdwort. Dafür trifft man spätestens alle dreißig bis fünfzig Kilometer auf Polizeisperrungen. Offiziell zum Schutz gegen Terrorismus und Drogenschmuggel errichtet, machen sie vor allem in den Vormittagsstunden das Fahren zum Geduldsspiel. Plausibler scheint es, dass der Polizeistaat, der Usbekistan ist, seine „Organen“ beschäftigen muss. Offizielle Zahlen gibt es nicht, doch die Omnipräsenz der Sicherheitskräfte erweckt den Eindruck, die Regierung wappne sich so für mögliche innere Krisenfälle. Vom Nachmittag an scheinen allerdings kaum noch Terroristen oder Schmuggler unterwegs zu sein, zunehmend mehr Sperrungen lassen sich dann ohne Stopp passieren.

Auf dem Weg durch die Wüste nach Muynak, etwa fünfzig Kilometer vor Nukus, der Hauptstadt Karalpakstans, sind in größeren Abständen zwei vulkanähnliche Hügel mit mächtigen Lehmplateaus nicht zu übersehen. Anhänger der Lehre Zarathustras, denen es verboten war, ihre Verstorbenen zu begraben oder verbrennen, hatten die „Türme des Schweigens“ als kultische Bestattungsorte geschaffen, um ihre Toten aufzubahren.

Ähnlich beeindruckend sind zwei mongolisch-kasachische Grabstätten, auf die man einige Kilometer nach Nukus an der Straße zur turkmenischen Grenze trifft. Erdbraune, halbkugelförmige Lehmgewölbe, die ersten aus dem Mittelalter, bilden hier ausgedehnte Totenstädte mit Gassen und Straßen.

Die Fahrt durch die Agrarzonen des fruchtbaren Amudarja-Schwemmland lässt die Bedeutung dieses Stromes als Lebensgrundlage für Millionen Menschen und zugleich die vom Menschen verursachte Katastrophe ahnen. Mit der Verdreifachung der landwirtschaftlichen

Nutzfläche im zwanzigsten Jahrhundert versiegten die Flüsse Amudarja und Syrdarja, bevor sie den Aralsee, den bis dahin viertgrößten Binnensee der Erde, erreichten. Dessen Fläche von ursprünglich 67 000 Quadratkilometern – fast so groß wie Bayern – halbierte sich seit den sechziger Jahren – mit dramatischen Folgen für das quasiautonome Karakpakstan, heute eine der ärmsten Regionen der Erde. Der gigantomanische Traum von blühenden Wüsten ließ den See schrumpfen und versalzen, führte zum Kollaps des Ökosystems, Salz- und Sandstürme brachten den Niedergang ganzer Landwirtschaftsregionen. Einstige Fischerei-Orte sind heute nahezu menschenleer. Trinkwasser ist durch Versalzung eigentlich ungenießbar und zudem häufig durch Schwermetalle und Pestizide verseucht.

Wüsteneien und Prachtbauten

Die einstige Fischerei- und Touristenstadt Muynak wurde zum verfallenden Wüstenort. Heute liegt sie fast zweihundert Kilometer vom Ufer des Aralsees entfernt. Die berühmte Fischkonservenfabrik mit einmal 20 000 Beschäftigten ist ebenso Ruine wie die Werft und viele Wohnhäuser. Einzig die große Schule des Ortes erstrahlt in neuem Blau-Weiß, als bäume sie sich gegen das Unabänderliche. In ihrer Blickweite liegen ein Dutzend Fangschiffe und Lastkähne verrostet und herrenlos im Wüstensand. Doch weil Stahlschrott ein begehrter Exportartikel nach China ist, dürfte auch dieser weltweit einmalige Schiffsfriedhof, dieses unfreiwillige Mahnmal menschlichen Herrschaftsstrebens über die Natur, bald der Vergangenheit angehören.

Inzwischen hat man den Zufluss des Amudarja wieder an Muynak herangeführt und speist damit künstliche Seen. Sie sollen den Grundwasserspiegel anheben und die Wasserqualität verbessern. Weite Flächen der neuen Wüste werden

derzeit mit Saxaulsträuchern bepflanzt. Doch auch sie vermögen gegen die verheerenden Sandstürme kaum etwas auszurichten.

Den absoluten Gegensatz zur trostlosen Agonie Muynaks bilden Buchara und Samarkand, gelegen an der legendären Seidenstraße, die einst 10 000 Kilometer von China bis nach Syrien führte, von wo die Waren weiter nach Griechenland und Italien verschifft wurden. Beide Städte, das einst legendenumwobene Buchara wie auch Samarkand mit seinem Beinamen „des Planeten herrlichstes Antlitz“, versammeln einmalig farbenprächtige Meisterwerke islamischer Baukunst. Die große Zahl und der Glanz der Moscheen, Minarette und Medresen, gestiftet von Wohlhabenden und Herrschern, künden heute vom einstigen Reichtum. Mehrheitlich entstanden sie seit der Herrschaft der Timuriden, die in der Nachfolge Dschingis Khans im vierzehnten Jahrhundert ihr Reich in Eroberungsfeldzügen von China bis zum Kaukasus ausdehnten. Baumeister aus verschiedenen Ländern wurden zwangsverpflichtet und erschufen eine einmalige Monumentalarchitektur mit prachtvollen Ornamenten und Glasuren. Dabei überrascht der ausgezeichnete Zustand, in dem sich viele der Anlagen befinden. Nicht nur heute, auch in der Sowjetzeit wurde offenkundig viel in den Erhalt dieses Kulturerbes investiert.

Aktuelle Problemlage

Der Glanz der religiösen Architektur und die orientalische Vielfalt auf den großen Basaren können freilich kaum über die aktuellen Probleme des Landes hinwegtäuschen. Lebensmittel und Bedarfsgüter sind ausreichend verfügbar. Ihre Nachfrage regelt der Preis. So unwahrscheinlich es klingen mag, Mangel herrscht an Geldscheinen. Selbst in den Wechselstuben der Hotels ist die Landeswährung Sum teilweise nicht vorrätig. Die größte Geldnote beträgt tausend Sum und ent-

spricht knapp einem Dollar. Da wird es zur nervenaufreibenden Prozedur, wenn an Supermarktkassen Bündel von Fünfzig- oder Zweihundert-Sum-Scheinen hingeblättert und nachgezählt werden müssen. Der Staat habe kein Geld, um neues im Ausland drucken zu lassen, heißt es unter der Hand. Als illegale Zweitwährung kursiert der Dollar. Traditionelle Hochzeiten, die durchschnittlich dreitausend Dollar kosten und für die ärmere Familien ein Jahrzehnt und länger eisern sparen, könnten viele angesichts der Inflation des Sum von derzeit fünfzehn Prozent anders gar nicht ausrichten.

Ein Bankensystem mit der in der modernen Welt üblichen Kontoüberweisungspraxis existiert nicht. Lohn oder Rente werden am Zahltag direkt ausgezahlt. Zu den allgemeinen Problemen im wirtschaftlichen Transformationsprozess kommt zusätzlich eine für Asien typische Form der Korruption: Reiche Geschäftsleute investieren in die Karriere von Staatsbeamten, die sich später zu Dank verpflichtet sehen und sich mit wertvollen Geheiminformationen oder durch Einflussnahme auf politische Entscheidungen revanchieren.

Demokratie in den Kinderschuhen

Zugleich steckt auch der demokratische Transformationsprozess noch in den Kinderschuhen. Die Herrschaft des Ministerpräsidenten und früheren KP-Sekretärs von Usbekistan, Islam Karimow, trägt vielfach autokratische Züge. Die fünf zugelassenen Parteien, die Volksdemokratische Partei, ehemals Kommunistische Partei Usbekistans, die Demokratische Partei Nationale Wiedergeburt, die Sozialdemokratische Partei Gerechtigkeit, die Nationaldemokratische Partei Patrioten und die 2003 gegründete Liberaldemokratische Partei, tragen allesamt den Regierungskurs mit. Ein neues Parteiengesetz verbietet ausländische Unterstützung oder Seminare für jede Opposi-

tion. Das zielt nicht nur auf fundamentalistische Aktivitäten, sondern ebenso auf amerikanische und europäische Menschenrechtsorganisationen.

Demokratisch ausgerichtete Oppositionsparteien wie die Volksbewegung Einheit „Birlik“ oder die davon abgespaltene Freiheitspartei „Erk“ sind in Usbekistan gleichermaßen verboten wie die Partei der Agrarier und Unternehmer, die unter anderem von der usbekischen Mafia finanziert wird, oder die fundamentalistische Hizb-ut Tahrir, die den militanten Umsturz zum islamischen Gottesstaat predigt. Brennpunkte ihrer radikalislamischen Unterwanderungsbestrebungen sind die Armutsregionen, besonders im Fergana-Tal, wo das Leben nach wie vor in traditionell asiatisch-feudalistischen Familien-Clans organisiert ist.

Menschenrechtsorganisationen wie Human Rights Watch werfen dem usbekischen Regierungspräsidenten vor, die terroristischen Selbstmordanschläge im März, April und Juli 2004 zum Anlass zu nehmen, jegliche Opposition zu unterdrücken.

Andererseits schätzt Thomas Kunze, in den letzten beiden Jahren Regionalbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung für Zentralasien, ein: „Wenn die Regierung Karimow gestürzt wird, kommt nichts Besseres nach. Die islamische Opposition ist gefährlich. Auch deshalb wird Usbekistan vorerst ein autoritärer Staat bleiben müssen. Durch den schnellen Export unseres Demokratiemodells würden hier Kräfte erstarken, die nicht beherrschbar sind.“

Tatsächlich kann Usbekistans Perspektive wohl am ehesten in einer schrittweisen Demokratisierung unter Berücksichtigung der asiatischen Besonderheiten liegen. Dabei ist offenkundig mehr Sensibilität erforderlich, als etwa Amerika an den Tag legte. Derzeit existiert nur im Anti-Terror-Kampf eine wirkliche Allianz zwischen den USA und Usbekistan.

Der entscheidende US-Fauxpas: Im Zusammenhang mit dem Aufbau einer strategischen Militärbasis nördlich von Afghanistan nährte die US-Regierung nach 1993 Hoffnungen auf für usbekische Verhältnisse beachtliche Wirtschaftsinvestitionen in Höhe von zwanzig Milliarden Dollar. Die Enttäuschung, auch in der Bevölkerung, war groß, als diese Wirtschaftshilfe ausblieb.

Seit einigen Jahren sucht die usbekische Führung wieder stärker den politischen und wirtschaftlichen Schulterschluss zu Russland, und auch Russlands Autokraten intensivieren im eigenen Machtinteresse ihren Einfluss auf die früheren zentralasiatischen Sowjetrepubliken.

Grund zum Optimismus

Dennoch gibt es Grund, optimistisch zu sein. Für viele Jüngere – auch innerhalb der Regierungsparteien – besitzt das europäische Modell eine außerordentliche Strahlkraft. Am 26. Dezember 2004 war die Bevölkerung Usbekistans erstmals zur Wahl eines Zweikammer-Parlamentes aufgerufen, in seinen Befugnissen vergleichbar mit dem deutschen Bundestag und Bundesrat. Möglicherweise ist das der erste Schritt in ein demokratischeres, parlamentarisch kontrolliertes System. Eine weitere wichtige Grundlage bildet die seit der sowjetischen Oberhoheit beibehaltene strikte Trennung zwischen Staat und Religion.

Wo der Transformationsprozess im Alltag steht, zeigt jeder Zeitungskiosk. Egal ob man die einmal in der Woche (!) erscheinende *Taschkenter Abendzeitung* (*Wetschernij Taschkent*) oder das *Wort des Volkes* (*Narodnoe Slowo*) aufschlägt, auf den vier (!) beziehungsweise acht Zeitungsseiten gibt es nur eine einzige kleine Spalte mit Meldungen aus Usbekistan und der Welt. In den Bleiwüsten der nahezu identischen Titelseiten steht Präsident Karimow im Mittelpunkt, gelegentlich auch mit einem neuen Ukas, einem

Erlass. Eine Seite würdigt verdienstvolle Menschen oder neue soziale Einrichtungen. Den Rest füllen Sport, Kreuzwörterrätsel und Annoncen. Wenn jemand überhaupt eine Zeitung kauft, dann wegen der drei Seiten Fernsehprogramm, wird glaubhaft versichert. Wobei die vier usbekischen Fernsehprogramme zugleich spöttisch „News from Paradise“ genannt werden.

Merkmale von Zensur

Dabei habe Präsident Karimow persönlich an die Journalisten appelliert, kritischer und weltoffener zu berichten. Ein Gesprächspartner erzählt: Zur Volksbegeisterung gebe es auf usbekischen Märkten „tanzende Hähne“. Der Trick dabei seien heiße Bleche unter ihren Füßen. Irgendwann brauchten sie nur noch die Musik zu hören, schon würden sie tanzen. Ebenso gehe es den Journalisten. Sie erinnerten sich noch zu deutlich, wie Kollegen in den Neunzigern zusammengeschlagen, ihrer Kameras zertreten worden seien. Doch – unzensierte, kritische Artikel finde man auch: im Internet unter Pseudonym.

„Censorship in Uzbekistan is multi-leveled“, schreibt der kritische Autor, Gründer und 1995 geschasste Chefredakteur der bis dahin unabhängigen Zeitung *Hurriyat* (Freiheit), Karim Bakhriev, in seinem bezeichnenderweise in Russland erschienenen Buch *A Speech on Freedom of Speech* (Moskau, Elinin Publishing House, 2004). Und er nennt die für Nichtdemokratien typischen Merkmale: Selbstzensur des Autors, redaktionelle, staatliche Kontrolle und Meinungsmonopol.

Angesichts der vielfältigen Probleme für den Demokratisierungsprozess nicht nur in Usbekistan, sondern in ganz Zentralasien ist es ein außerordentliches Verdienst der Konrad-Adenauer-Stiftung, nach dreizehn Jahren Unabhängigkeit eine erste zentralasiatische Historikerkonferenz mit rund zweihundert Teil-

nehmern aus Aserbaidshan, Kasachstan, Kirgistan, Usbekistan, Russland und Tadschikistan ausgerichtet zu haben. Turkmenische Historiker hatten von ihrer Regierung keine Einreiseerlaubnis erhalten.

In zwanzig Kurzvorträgen und anschließenden Diskussionen wurde die dramatische Problemlage für die zentralasiatische Geschichtsforschung sichtbar. Archive sind nur bedingt zugänglich. Publikationsmöglichkeiten und gegenseitiger Austausch sind aufgrund unzureichender Mittelausstattung stark eingeschränkt.

Geschichtswissenschaft als Politikum

Soweit Forscher sich nicht über ausländische Projekte finanzieren können, erschöpft sich ihre Arbeit vielfach in einer Neuinterpretation der regionalen Geschichte in Übereinstimmung mit den politischen Vorgaben ihrer Regierungen.

Exemplarisch hierfür: Der kirgisische Präsident interpretierte höchstpersönlich das Manas-Epos, ein Nationalepos aus dem neunten Jahrhundert, und entwickelte daraus eine Art Verfassung für das Zusammenleben. Ein Vertreter der kirgisischen Historiker (T. Baktshajew) identifizierte sich in seinem Vortrag völlig mit der Interpretation seines Präsidenten. Vor dem Hintergrund, dass Kirgisistan ein multiethnischer Staat ist und die politische Aufwertung dieses Epos dem kirgisischen Bevölkerungsanteil eine Vorrangstellung einräumt, kam die Frage auf, wie er selbst dieses Epos bewerte. Seine ernst gemeinte Antwort: „Wir soll-

ten zuerst den Präsidenten fragen, wie er das bewertet.“

Die Regierungen der jungen zentralasiatischen Nationalstaaten legen größten Wert darauf – auch mithilfe abenteuerlichster Konstruktionen –, ihre nationale Identität aus der Geschichte und Mythologie so herzuleiten, dass ihre Nation als das zentralasiatische Stammvolk erscheint. Hier wird Geschichtsinterpretation zum politischen Instrument. Der Konfliktstoff, der der nationalistischen Polarisierung innewohnt, ist nicht zu unterschätzen.

Die mehrfach im Auditorium vorgeschlagene Gründung eines zentralasiatischen Historikerrates, durch den erstmals regelmäßiger Informationsaustausch und Übersicht über Forschungsthemen möglich würden und mittelfristig ein Gegengewicht zu nationalen Interessenlagen der Politik entstehen könnte, scheint außerordentlich bedeutsam. Allerdings erscheint ein solcher Historikerrat angesichts der finanziellen Situation in den Universitäten der jungen Nationalstaaten nur mit ausländischer Unterstützung und Begleitung Erfolg versprechend.

Die geostrategische Bedeutung Zentralasiens zwischen asientypischen autokratischen Herrschaftsstrukturen, aufkommenden Nationalismen und fundamentalistischen Einflussversuchen ist heute vergleichbar mit der Situation Deutschlands im Kalten Krieg. In Zentralasien können zentrale Konflikte des einundzwanzigsten Jahrhunderts aufbrechen oder verhindert werden.

Aufstand in Kirgisistan

„Die Unruhen bedrohen das Gleichgewicht der Völkerschaften in der Region und dienen der Diktatorenschar in den Nachbarländern als dankbar begrüßtes Argument, um im vorgeblichen Bemühen um den inneren Frieden die Schraube der Unterdrückung weiterzudrehen.“

Johannes Voswinkel am 23. März 2005 in *Die Zeit*.